



Pressemitteilung 24/2002

vom 17. Oktober 2002

(2 Seiten)

Ansprechpartner: Dr. Joachim Ragnitz (03 45/77 53 860)

Die Pläne der Koalition zum Aufbau Ost – eine Bewertung

Vor wenigen Tagen haben die Regierungsparteien sich auf einen neuen Koalitionsvertrag verständigt, der die Grundlage für die Regierungsarbeit in den nächsten vier Jahren darstellt. Darin enthalten sind auch Leitlinien zur künftigen Förderung des Aufbau Ost: So sollen die Investitions- und Mittelstandsförderung auf hohem Niveau fortgeführt, Forschung und Ausbildung gestärkt und die Infrastruktur – insbesondere in den Kommunen – bevorzugt ausgebaut werden. Dies alles bettet sich ein in die gesamtdeutsch konzipierte Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Es stellt sich die Frage, wie die geplanten Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Dynamik in den neuen Bundesländern zu bewerten sind. Legt man der Urteilsfindung die Vorschläge zugrunde, die im Vorfeld der Bundestagswahlen vom IWH – zum Teil im Verbund mit anderen Instituten – unterbreitet worden sind, so lässt sich resümieren: Ein Teil der Vorstellungen der Koalitionsparteien entspricht zwar dem, was zur Förderung des Aufholprozesses in Ostdeutschland geboten scheint; teilweise bleiben sie aber dahinter zurück, teilweise widersprechen sie dem sogar:

- Mit großen Vorbehalten ist die Absicht der Bundesregierung zu sehen, die Investitions- und Mittelstandsförderung in Ostdeutschland auszubauen, unabhängig davon, wie schnell die Verbesserung der Standortbedingungen vorankommt. Insbesondere die Ankündigung, eine gleichwertige Nachfolgeregelung für die Investitionszulage zu finden, ist problematisch, ignoriert sie doch die Kritik, die in der Wissenschaft gegenüber dieser Art von Förderung geäußert worden ist, namentlich die fehlenden Möglichkeiten, mit diesem Instrument Lage und Perspektiven von Unternehmen adäquat berücksichtigen zu können und etwaigen Gewöhnungseffekten entgegenzuwirken. Besser wäre es gewesen, die Investitionszulage auslaufen zu lassen und stattdessen die Ansiedlungsförderung mittels Investitionszuschüssen zu intensivieren.

Positiv ist hingegen die Bereitschaft der Regierung zu sehen, in noch zu bestimmenden Pilotregionen integrierte Förderkonzepte zu verwirklichen. Vor allem wenn die Politik sich dabei auf die potentiellen Wachstumspole konzentriert, könnte damit der Aufschwung in Ostdeutschland spürbar beschleunigt werden.

- Problematisch ist zum zweiten das Bekenntnis der Bundesregierung zur Angleichung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst an das westdeutsche Niveau bis zum Jahre 2007 – weil dies die angespannten öffentlichen Finanzen belastet, vor allem aber, weil der öffentliche Dienst damit die Vorreiterrolle für eine Lohnfestsetzung in der gewerblichen Wirtschaft einnimmt, die nicht in Einklang mit der noch niedrigen Produktivität steht. Eine Lohnpolitik, die diese Zusammenhänge nicht berücksichtigt, gefährdet den Aufbau Ost insgesamt.
- Zielführend ist hingegen die Absicht der Bundesregierung, die Infrastruktur in den neuen Bundesländern weiter auszubauen – durch entsprechende Schwerpunktsetzung im Bundesverkehrswegeplan und durch die grundsätzliche Bereitschaft, die Investitionsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Wünschenswert wäre freilich gewesen, die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern beschleunigt auszubauen, also für später geplante Investitionen zeitlich vorzuziehen. Ob das vorgesehene „Zukunftsprogramm Mobilität“ dies leistet, muss aus heutiger Sicht jedenfalls fraglich erscheinen, zumal es unter einem Finanzierungsvorbehalt steht. Und auch nicht überzeugend ist die Ankündigung, kommunale Infrastrukturinvestitionen mit der Arbeitsmarktförderung zu koppeln. Diese Investitionen durch Arbeitslose durchführen zu lassen birgt die Gefahr in sich, dass damit einer ineffizienten Leistungserstellung Vorschub geleistet wird – zumal auch nicht einzusehen ist, weshalb für die Verbesserung der Infrastruktur die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung aufkommen sollen.
- Zu begrüßen ist schließlich auch, dass die Bundesregierung der Innovationstätigkeit in Ostdeutschland weiter hohe Aufmerksamkeit schenken will und dabei besonders die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft betont. Gleichwohl: Kritisch zu bewerten ist in diesem Zusammenhang die Ankündigung, die Innovationsförderung für kleine und mittlere Unternehmen weiter ausbauen zu wollen, besteht doch die Gefahr, dass damit die Bereitschaft und Fähigkeit der Unternehmen, Forschung und Entwicklung aus eigener Kraft zu finanzieren, langfristig gemindert wird. Hier wäre eher ein allmähliches Abschmelzen der Förderung sinnvoll, jedenfalls bei den Programmen, die allein auf die Förderung von Forschungsinputs abzielen. Und dass gesamtdeutsch die Förderung auf nur wenige „Zukunftstechnologien“ konzentriert werden soll, ist ebenfalls ein Problem, führt das doch zu einer Diskriminierung aller anderen potentiell erfolversprechenden Innovationsprojekte.

Alles in allem bleibt unklar, ob mit der im Koalitionsvertrag umrissenen Konzeption der Aufbau Ost wirklich spürbar beschleunigt werden kann. Zum einen bleiben Vorschläge wie zum Beispiel der einer stärkeren Deregulierung gerade im Osten Deutschlands unberücksichtigt, zum anderen ist auch – und das ist besonders wichtig – die gesamtdeutsch angelegte Wirtschaftspolitik nicht unbedingt geeignet, mehr Dynamik zu erzeugen, die dann auch Ostdeutschland zugute käme. Zu hoffen bleibt da nur, dass genügend Spielräume bleiben, diese Defizite auf Länderebene auszugleichen.

Die Pressemitteilung steht auch im Internet unter www.iwh-halle.de